

Die WASHINGTON POST berichtet, dass auch die Revolte in Syrien von den USA finanziert und eingefädelt wurde.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 072/11 – 25.04.11

Die USA haben insgeheim syrische Oppositionsgruppen unterstützt; das belegen von WikiLeaks veröffentlichte Depeschen

Von Craig Whitlock

THE WASHINGTON POST, 17.04.11

(http://www.washingtonpost.com/world/us-secretly-backed-syrian-opposition-groups-cables-released-by-wikileaks-show/2011/04/14/AF1p9hwD_story.html)

Wie aus bisher geheimen Diplomaten-Depeschen hervorgeht, hat das US-Außenministerium insgeheim politische Oppositionsgruppen in Syrien und einschlägige Projekte finanziert, darunter auch einen Satelliten-TV-Kanal, der regierungsfeindliche Programme in dieses Land ausstrahlt.

Der in London angesiedelte Satellitenkanal Barada TV, der seit April 2009 sendet, hat sein Programm ausgeweitet, um die Massenproteste in Syrien zu unterstützen, die Teil einer langjährigen Kampagne zum Sturz des autokratischen syrischen Präsidenten Bashar al-Assad sind. Nach Aussagen von Menschenrechtsgruppen haben seit Beginn der Demonstrationen am 18. März die Sicherheitskräfte Assads Hunderte von Menschen getötet; Syrien hat für den Gewaltausbruch "bewaffnete Banden" verantwortlich gemacht.

Barada TV steht in enger Verbindung mit der Movement for Justice and Development (der Bewegung für Gerechtigkeit und Entwicklung), einem Netzwerk syrischer Exilanten mit Sitz in London. Wie aus geheimen Depeschen von US-Diplomaten zu ersehen ist, hat das US-Außenministerium seit 2006 dieser Gruppe 6 Millionen Dollar zukommen lassen, die zur Finanzierung des Satellitenkanals und (subversiver) Aktivitäten in Syrien verwendet wurden. Der Kanal ist nach dem Fluss Barada benannt, der durch das Herz der syrischen Hauptstadt Damaskus fließt.

Die US-Zahlungen an Repräsentanten der syrische Opposition begannen unter dem Präsidenten George W. Bush, nachdem dieser 2005 die politischen Beziehungen zu Damaskus eingefroren hatte. Diese finanzielle Unterstützung wurde auch unter dem Präsidenten Obama fortgesetzt, obwohl seine Regierung sich darum bemüht, die Beziehungen zu Assad wieder aufleben zu lassen. Im Januar (2011) hat das Weiße Haus nach sechs Jahren zum ersten Mal wieder einen Botschafter nach Damaskus entsandt. (s. dazu auch <http://www.tagesschau.de/ausland/usa360.html>)

Die von der Enthüllungs-Website WikiLeaks veröffentlichten Depeschen belegen, dass Mitarbeiter der US-Botschaft in Damaskus 2009 aufgeschreckt wurden, weil Agenten des syrischen Geheimdienstes Nachforschungen über von den USA finanzierte Programme in Syrien anstellten. Botschafts-Vertreter empfahlen dem US-Außenministerium, sein (finanzielles) Engagement zu überprüfen, weil es die Annäherungsversuche der Obama-Regierung in Damaskus gefährden könne.

Syrische Behörden würden "zweifelloos jede finanzielle Unterstützung für illegale politische Gruppierungen als gleichbedeutend mit der Förderung eines Regimewechsels ansehen",

heißt es in einer Depesche vom April 2009 (s. <http://www.washingtonpost.com/wp-srv/special/world/wikileaks-syria/cable1.html>), die der damals höchste US-Diplomat in Damaskus unterzeichnet hat. "Eine Neubewertung der gegenwärtig von den USA gesponserten Programme zur Unterstützung regierungsfeindlicher Splittergruppen, sowohl innerhalb als auch außerhalb Syriens, könnte sich als nützlich erweisen," ist in der Depesche zu lesen.

Es ist unklar, ob das US-Außenministerium immer noch syrische Oppositionsgruppen finanziell unterstützt, aber die Depeschen belegen, dass Geld bis mindestens September 2010 geflossen ist. Mit einem Teil dieses Geldes wurden auch Programme und Dissidenten in Syrien selbst unterstützt; die WASHINGTON POST verzichtet aber auf Bitten des US-Außenministeriums auf die Veröffentlichung von Namen und Details über die Programme, um die Sicherheit der Empfänger nicht zu gefährden.

Syrien ist ein Polizeistaat, der seit dem Jahr 2000 von Assad beherrscht wird, als er nach dem Tod seines Vaters die Regierung übernahm. Das Weiße Haus hat zwar die Tötung von Protestierenden in Syrien verurteilt, aber nicht ausdrücklich den Sturz Assads gefordert.

Das US-Außenministerium lehnte es ab, sich zur Echtheit der Depeschen zu äußern oder Fragen zur Finanzierung des Senders Barada TV zu beantworten.

Tamara Wittes, eine stellvertretende Staatssekretärin im Außenministerium, die für den Bereich Demokratie und Menschenrechte im Bureau of Near Eastern Affairs (s. <http://www.state.gov/p/nea/>) zuständig ist, sagte, das Ministerium finanziere keine Parteien oder politischen Bewegungen.

"Wir fördern nur bestimmte Ideen," erklärte sie. "Es gibt viele Organisationen in Syrien und in anderen Ländern, die ihre Regierungen verändern wollen. Das ist ein Anliegen, das auch wir für wichtig halten und deshalb unterstützen."

Das US-Außenministerium fördert auf der ganzen Welt Programme, die sich für demokratische Ideale und Menschenrechte einsetzen, normalerweise erhalten politische Oppositionsgruppen aber kein Geld.

Im Februar 2006, als die Beziehungen zu Damaskus auf einem Tiefpunkt angelangt waren, gab die Bush-Regierung bekannt, sie werde 5 Millionen Dollar zur Verfügung stellen, um das Wirken von Reformern in Syrien "zu beschleunigen".

In Syrien lebende Dissidenten wollten das Geld aber nicht annehmen, weil sie Angst hatten, verhaftet und wegen Landesverrat hingerichtet zu werden; das ist einer Depesche der US-Botschaft aus dem Jahr 2006 zu entnehmen (Originaltext s. <http://www.washingtonpost.com/wp-srv/special/world/wikileaks-syria/cable6.html>), in der gesagt wird: "Kein zuverlässiges Oppositionsmitglied wird mutig genug sein, Geld von uns anzunehmen."

Zur gleichen Zeit gründeten syrische Exilanten in Europa die Movement for Justice and Development (s. o.). Diese Gruppe, die in Syrien verboten ist, fordert offen Assads Sturz. In US-Depeschen werden die Führer dieser Bewegung als "liberale, gemäßigte Islamisten" beschrieben, die früher Mitglieder der Muslim Brotherhood (der Muslimbrüder. s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Muslimbr%C3%BCder>) gewesen seien.

Barada TV

Es ist unklar, seit wann die (diesen Sender betreibende) Gruppe US-Gelder erhält, aus

Depeschen geht aber hervor, dass US-Offizielle im Jahr 2007 die Idee zur Einrichtung eines gegen Assad agitierenden TV-Kanals hatten.

Personen, die Kontakte zu der Gruppe und zu Barada TV haben, wollten nicht zugeben, dass sie Geld von der US-Regierung erhalten.

"Ich weiß darüber nichts," sagte Malik al-Abdeh, der für die Nachrichten von Barada TV zuständige Direktor in London, in einem kurzen Telefoninterview.

Abdeh behauptete, der TV-Kanal erhalte Geld von "unabhängigen syrischen Unternehmern", weigerte sich aber, deren Namen zu nennen. Er bestritt auch, dass es Verbindungen zwischen Barada TV und der Movement for Justice and Development gebe, bestätigte aber, dass er dem Vorstand dieser politischen Gruppierung angehört, deren Vorsitzender sein Bruder Anas ist.

"Da Sie beabsichtigen, Barada TV zu diffamieren, möchte ich dieses Gespräch nicht fortsetzen," erklärte Malik al-Abdeh. "Ich habe Ihnen dazu nichts mehr zu sagen."

Von anderen Dissidenten war zu hören, Barada TV habe zwar in Syrien ein wachsendes Publikum, sein Zuschauer-Anteil sei aber im Vergleich mit anderen unabhängigen Satelliten-Nachrichtenkanälen wie Al-Jazeera und BBC Arabic eher winzig. Obwohl Barada-TV 24 Stunden am Tag sendet, sind viele seiner Programme Wiederholungen. Zu den wichtigsten Sendungen gehören "Towards Change" (Auf zum Wechsel), eine Talkrunde über Tagesereignisse, und "First Step" (Der erste Schritt), ein Programm, das von syrischen Dissidenten in den USA gestaltet wird.

Ausama Monajed, ein anderer syrischer Exilant in London, erklärte, er habe als Produzent für Barada TV gearbeitet und sei für Medienkontakte der Movement for Justice and Development zuständig gewesen; seit etwa einem Jahr übe er diese Jobs aber nicht mehr "aktiv" aus. Er widme seine ganze Energie jetzt der revolutionären Bewegung in Syrien und verteile Videos und aktuelle Meldungen über deren Proteste an (westliche) Journalisten.

Er sagte, er könne nicht bestätigen, "dass Barada TV von der US-Regierung finanziell unterstützt werde", weil er nichts mit den Finanzen zu tun gehabt habe. "Ich selbst habe jedenfalls keinen einzigen Penny erhalten," fügte er hinzu.

Aus mehreren Diplomaten-Depeschen der US-Botschaft in Damaskus geht hervor, dass syrische Exilanten Geld aus einem Programm des US-Außenministeriums erhalten haben, das unter der Bezeichnung Middle East Partnership Initiative (Partnerschaftsinitiative Mittlerer Osten, s. <http://mepi.state.gov/>) läuft. Nach Aussagen in den Depeschen verteilte das US-Außenministerium das Geld an die Exilanten-Gruppen über den Democracy Council (den Demokratie-Rat, s. http://www.democracycouncil.org/support_us.html), eine in Los Angeles angesiedelt gemeinnützige Organisation. Aus seiner Website ist zu ersehen, dass der Rat Projekte im Nahen Osten, in Asien und in Lateinamerika sponsert, um "die fundamentalen Elemente zur Stabilisierung der Gesellschaft zu fördern".

James Prince, der Gründer und Präsident des Rates, ist ein ehemaliger Kongressmitarbeiter und hat als Investitionsberater für (die auch in der Bundesrepublik vertretene US-Firma) PricewaterhouseCoopers (s. <http://www.pwc.de/>) gearbeitet. Am Telefon bestätigte Prince, dass der Rat Gelder der Middle East Partnership Initiative verwalte, die aber nicht "speziell für Syrien" verwendet würden.

Prince sagte, er sei mit Barada TV und der syrischen Exilanten-Gruppe in London "ver-

traut", lehnte aber weitere Auskünfte ab, weil er nicht das Einverständnis des Ratsvorstandes habe. "Dazu äußern wir uns grundsätzlich nicht," erklärte er.

In der Depesche der US-Botschaft in Damaskus vom April 2009 wird festgestellt, dass der Democracy Council vom US-Außenministerium 6,3 Millionen Dollar erhalten hat – für ein auf Syrien ausgerichtetes Programm unter dem Namen "Civil Society Strengthening Initiative" (Initiative zur Stärkung der Zivilgesellschaft; weitere Infos zu diesem weltweit eingesetzten US-Infiltrationsprogramm s. <http://www.aed-ccsg.org/mechanisms/lwa/gcss.html>). Dieses Programm wird beschrieben als "ein um diskrete Zusammenarbeit bemühtes Projekt zwischen dem Democracy Council und lokalen Partnern, bei dem es unter anderem um die Realisierung "verschiedener Sendekonzepte" geht. Aus anderen Depeschen ergibt sich, dass zu diesen Konzepten auch Barada TV gehört.

US-Geldzuweisungen

Edgar Vasquez, ein Sprecher des US-Außenministeriums, teilte mit, die Middle East Partnership Initiative habe seit 2005 für auf Syrien bezogenen Programme 7,5 Millionen Dollar erhalten. In einer Depesche der US-Botschaft in Damaskus wird jedoch eine viel höhere Summe genannt; danach wurden dafür zwischen 2005 und 2010 etwa 12 Millionen Dollar ausgegeben.

Aus den Depeschen spricht die ständige Angst der US-Diplomaten, Agenten des syrischen Sicherheitsdienstes könnten den Geldzuflüssen aus Washington auf die Spur gekommen sein.

In einer Depesche vom September 2009 (s. <http://www.washingtonpost.com/wp-srv/special/world/wikileaks-syria/cable3.html>) wird berichtet, syrische Agenten hätten mehrere Personen "besonders über MEPI-Operationen" befragt; MEPI ist die Abkürzung für Middle East Partnership Initiative.

"Es ist unklar, inwieweit [syrische] Geheimdienste erkannt haben, auf welchem Weg und über welche Hilfsorganisationen die US-Regierung Geld nach Syrien einschleust," heißt es in der Depesche. "Klar ist jedoch, dass sich der Geheimdienst zunehmend mit diesem Problem befasst."

US-Diplomaten warnten auch davor, dass syrische Agenten die Movement for Justice and Development durch Überwachung ihrer Kommunikation "ausgeforscht" haben könnten.

In einer Diplomaten-Depesche vom Juni 2009 (s. <http://www.washingtonpost.com/wp-srv/special/world/wikileaks-syria/cable4.html>) wird unter der Überschrift "MJD, ein leckes Boot?" (MJD ist die Abkürzung für Movement for Justice and Development) berichtet, die Bewegung "bemühe sich, ihre Basis in Syrien auszuweiten, vernachlässige dabei aber Sicherheitsfragen, weil sie streng vertrauliche Informationen über das öffentliche Telefonnetz verbreite".

Die Depesche zitiert Beweise dafür, dass der syrische Geheimdienst die Verbindung zwischen der Londoner Exil-Gruppe und dem Democracy Council in Los Angeles durchschaut hat. Offizielle der Botschaft befürchteten, dass dadurch das komplette Unterstützungsprogramm für Syrien gefährdet sein könnte.

"Aus Meldungen anderer Fernsehkanäle geht hervor, dass ein Syrer [namens Mukhabarat] bereits in die MJD eingedrungen ist und seine MJD-Kontakte benutzt, um US-Demokratisierungsprogramme auszuspielen," wird in der Depesche festgestellt. "Die [syri-

sche Regierung] könnte informiert sein, aber beschlossen haben, noch nicht offen zu intervenieren; deshalb besteht die Möglichkeit, dass sie eine Kampagne plant, bei der alle Demokratie-Aktivisten gleichzeitig inhaftiert werden."

(Wir haben den Artikel, dessen aufschlussreiche Informationen unsere Mainstream-Medien wieder einmal verschwiegen haben, komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen, die teilweise aus dem Artikel selbst stammen. Die Zusätze in eckigen Klammern waren bereits im Originaltext enthalten, den wir anschließend abdrucken.)

The Washington Post

U.S. secretly backed Syrian opposition groups, cables released by WikiLeaks show

By Craig Whitlock, Sunday, April 17, 11:01 PM

The State Department has secretly financed Syrian political opposition groups and related projects, including a satellite TV channel that beams anti-government programming into the country, according to previously undisclosed diplomatic cables.

The London-based satellite channel, Barada TV, began broadcasting in April 2009 but has ramped up operations to cover the mass protests in Syria as part of a long-standing campaign to overthrow the country's autocratic leader, Bashar al-Assad. Human rights groups say scores of people have been killed by Assad's security forces since the demonstrations began March 18; Syria has blamed the violence on "armed gangs."

Barada TV is closely affiliated with the Movement for Justice and Development, a London-based network of Syrian exiles. Classified U.S. diplomatic cables show that the State Department has funneled as much as \$6 million to the group since 2006 to operate the satellite channel and finance other activities inside Syria. The channel is named after the Barada River, which courses through the heart of Damascus, the Syrian capital.

The U.S. money for Syrian opposition figures began flowing under President George W. Bush after he effectively froze political ties with Damascus in 2005. The financial backing has continued under President Obama, even as his administration sought to rebuild relations with Assad. In January, the White House posted an ambassador to Damascus for the first time in six years.

The cables, provided by the anti-secrecy Web site WikiLeaks, show that U.S. Embassy officials in Damascus became worried in 2009 when they learned that Syrian intelligence agents were raising questions about U.S. programs. Some embassy officials suggested that the State Department reconsider its involvement, arguing that it could put the Obama administration's rapprochement with Damascus at risk.

Syrian authorities "would undoubtedly view any U.S. funds going to illegal political groups as tantamount to supporting regime change," read an April 2009 cable signed by the top-ranking U.S. diplomat in Damascus at the time. "A reassessment of current U.S.-sponsored programming that supports anti-[government] factions, both inside and outside Syria, may prove productive," the cable said.

It is unclear whether the State Department is still funding Syrian opposition groups, but the

cables indicate money was set aside at least through September 2010. While some of that money has also supported programs and dissidents inside Syria, The Washington Post is withholding certain names and program details at the request of the State Department, which said disclosure could endanger the recipients' personal safety.

Syria, a police state, has been ruled by Assad since 2000, when he took power after his father's death. Although the White House has condemned the killing of protesters in Syria, it has not explicitly called for his ouster.

The State Department declined to comment on the authenticity of the cables or answer questions about its funding of Barada TV.

Tamara Wittes, a deputy assistant secretary of state who oversees the democracy and human rights portfolio in the Bureau of Near Eastern Affairs, said the State Department does not endorse political parties or movements.

"We back a set of principles," she said. "There are a lot of organizations in Syria and other countries that are seeking changes from their government. That's an agenda that we believe in and we're going to support."

The State Department often funds programs around the world that promote democratic ideals and human rights, but it usually draws the line at giving money to political opposition groups.

In February 2006, when relations with Damascus were at a nadir, the Bush administration announced that it would award \$5 million in grants to "accelerate the work of reformers in Syria."

But no dissidents inside Syria were willing to take the money, for fear it would lead to their arrest or execution for treason, according to a 2006 cable from the U.S. Embassy, which reported that "no bona fide opposition member will be courageous enough to accept funding."

Around the same time, Syrian exiles in Europe founded the Movement for Justice and Development. The group, which is banned in Syria, openly advocates for Assad's removal. U.S. cables describe its leaders as "liberal, moderate Islamists" who are former members of the Muslim Brotherhood.

Barada TV

It is unclear when the group began to receive U.S. funds, but cables show U.S. officials in 2007 raised the idea of helping to start an anti-Assad satellite channel.

People involved with the group and with Barada TV, however, would not acknowledge taking money from the U.S. government.

"I'm not aware of anything like that," Malik al-Abdeh, Barada TV's news director, said in a brief telephone interview from London.

Abdeh said the channel receives money from "independent Syrian businessmen" whom he declined to name. He also said there was no connection between Barada TV and the Movement for Justice and Development, although he confirmed that he serves on the political group's board. The board is chaired by his brother, Anas.

“If your purpose is to smear Barada TV, I don’t want to continue this conversation,” Malik al-Abdeh said. “That’s all I’m going to give you.”

Other dissidents said that Barada TV has a growing audience in Syria but that its viewer share is tiny compared with other independent satellite news channels such as al-Jazeera and BBC Arabic. Although Barada TV broadcasts 24 hours a day, many of its programs are reruns. Some of the mainstay shows are “Towards Change,” a panel discussion about current events, and “First Step,” a program produced by a Syrian dissident group based in the United States.

Ausama Monajed, another Syrian exile in London, said he used to work as a producer for Barada TV and as media relations director for the Movement for Justice and Development but has not been “active” in either job for about a year. He said he now devotes all his energy to the Syrian revolutionary movement, distributing videos and protest updates to journalists.

He said he “could not confirm” any U.S. government support for the satellite channel, because he was not involved with its finances. “I didn’t receive a penny myself,” he said.

Several U.S. diplomatic cables from the embassy in Damascus reveal that the Syrian exiles received money from a State Department program called the Middle East Partnership Initiative. According to the cables, the State Department funneled money to the exile group via the Democracy Council, a Los Angeles-based nonprofit. According to its Web site, the council sponsors projects in the Middle East, Asia and Latin America to promote the “fundamental elements of stable societies.”

The council’s founder and president, James Prince, is a former congressional staff member and investment adviser for PricewaterhouseCoopers. Reached by telephone, Prince acknowledged that the council administers a grant from the Middle East Partnership Initiative but said that it was not “Syria-specific.”

Prince said he was “familiar with” Barada TV and the Syrian exile group in London, but he declined to comment further, saying he did not have approval from his board of directors. “We don’t really talk about anything like that,” he said.

The April 2009 cable from the U.S. Embassy in Damascus states that the Democracy Council received \$6.3 million from the State Department to run a Syria-related program called the “Civil Society Strengthening Initiative.” That program is described as “a discrete collaborative effort between the Democracy Council and local partners” to produce, among other things, “various broadcast concepts.” Other cables make clear that one of those concepts was Barada TV.

U.S. allocations

Edgar Vasquez, a State Department spokesman, said the Middle East Partnership Initiative has allocated \$7.5 million for Syrian programs since 2005. A cable from the embassy in Damascus, however, pegged a much higher total — about \$12 million — between 2005 and 2010.

The cables report persistent fears among U.S. diplomats that Syrian state security agents had uncovered the money trail from Washington.

A September 2009 cable reported that Syrian agents had interrogated a number of people

about “MEPI operations in particular,” a reference to the Middle East Partnership Initiative.

“It is unclear to what extent [Syrian] intelligence services understand how USG money enters Syria and through which proxy organizations,” the cable stated, referring to funding from the U.S. government. “What is clear, however, is that security agents are increasingly focused on this issue.”

U.S. diplomats also warned that Syrian agents may have “penetrated” the Movement for Justice and Development by intercepting its communications.

A June 2009 cable listed the concerns under the heading “MJD: A Leaky Boat?” It reported that the group was “seeking to expand its base in Syria” but had been “initially lax in its security, often speaking about highly sensitive material on open lines.”

The cable cited evidence that the Syrian intelligence service was aware of the connection between the London exile group and the Democracy Council in Los Angeles. As a result, embassy officials fretted that the entire Syria assistance program had been compromised.

“Reporting in other channels suggest the Syrian [Mukhabarat] may already have penetrated the MJD and is using the MJD contacts to track U.S. democracy programming,” the cable stated. “If the [Syrian government] does know, but has chosen not to intervene openly, it raises the possibility that the [government] may be mounting a campaign to entrap democracy activists.”

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern